

Geschichte und Geschichten aus



**1971 Abschnitt 11 Bildervortrag
Heinrich Figge**

1971 WLZ 01. 12.

SPD-Informationsabend

Waldeck-Höriinghausen. Am Donnerstag, 2. Dezember, veranstaltet die SPD in Höriinghausen um 20 Uhr in der Gastwirtschaft Frese einen Informations- und Ausspracheabend. Die Kandidaten der SPD stellen sich an diesem Abend vor. Referent ist der Bürgermeister der Diemelstadt, Herbert Weishaupt. Alle Bürger sind zu dieser Veranstaltung herzlich eingeladen.

1971 WLZ 02. 12.

Partei politik vom Rathaus fernhalten

Wählergemeinschaft wehrt sich gegen Vorwürfe von CDU und FDP

WALDECK-ALRAFT. Ortsbeiratsvorsitzender Wilhelm Drebes erklärte während einer gut besuchten Wahlversammlung der Wählergemeinschaft, daß sowohl er als auch andere Kandidaten der Wählergemeinschaft gute Plätze auf einer Parteienliste hätten bekommen können. Sie würden jedoch lieber bei einer freien, unabhängigen Wählergemeinschaft kandidieren, um die Partei politik soweit wie möglich vom Rathaus fernzuhalten.

Albert Michel, Sachsenhausen, Spitzenkandidat der Wählergemeinschaft, stellte fest, daß die Wählergemeinschaft zwar keine profilierten Redner aus der Politik der Bundes- oder Länderebene präsentieren könnte, dafür aber Personen, die künftig das Geschehen in der neuen Stadt Waldeck verantwortungsvoll zu tragen hätten. Die „politischen Gastarbeiter“ der großen Parteien könnten später bei den eigenen Problemen der Stadt doch nicht helfen.

„Die auf uns zukommenden Aufgaben“, so Michel, „sind bestimmt nicht leicht, sie müssen aber, von uns selbst bewältigt werden“, Michel setzte sich auch mit den Angriffen einiger Parteien gegenüber der Wählergemeinschaft auseinander: Die CDU und die FDP würfen der Wählergemeinschaft vor, eine Zersplitterung der bürgerlichen Kräfte verursacht zu haben. Michel hob hervor, daß die bisherigen Wählergemein- schaften in den einzelnen Orten Sammelbecken der nicht sozialistisch Denkenden gewesen seien, und nicht die Wählergemeinschaft, sondern diese Parteien hätten die Zersplitterung verursacht, denn man habe ihnen vergeblich ein Zusammengehen angeboten.

Auch glaube er nicht an ein nahes Ende der Wählergemeinschaft, denn die in ihr vereinigten Kräfte hätten, seit es wieder demokratische Verwaltungen gebe, die Kommunalpolitik in den bisherigen Gemeinden entscheidend bestimmt. Diese Gemeinden seien nicht in der Entwicklung zurückgeblieben. Michel betonte weiter, daß die Wählergemeinschaft als einzige auf ihrem Wahlvorschlag Kandidaten aus allen sechs Stadtteilen auf den ersten sechs Plätzen verzeichnet habe und daß durch diese Liste alle Berufskreise erfaßt seien. Der Ortsbeiratsvorsitzende aus Waldeck, Adolf Voigt, ging auf die Aufgaben der neuen Verwaltung ein: Es sei den Stadt - Waldeckern bestimmt nicht leichtgefallen, ihre Verwaltung herzugeben, sagte er. Aber man habe eingesehen, daß in einer Einheitsgemeinde die Verwaltung nur an einem Ort sein könne und da sei wegen der zentraleren Lage nur Sachsenhausen in Frage gekommen. Überhaupt müßten es die künftigen Abgeordneten lernen, sich von ihrer Kirchturmspolitik etwas zu lösen und mehr das Gesamtwohl im Auge haben. Weiter ging Voigt auf die Ziele der Wählergemeinschaft ein. Er erwähnte dabei einen Wahl - Prospekt einer Partei und sagte: „Was die wollen, das wollen wir auch!“ Bei näherem Hinsehen zeige sich aber, daß es gerade in dem Stadtteil, in dem diese Partei die Mehrheit gehabt habe, bisher mit den geforderten Kinderspielplätzen und Kindergärten schlechter bestellt gewesen sei als in den von Wählergemeinschaften regierten Ortsteilen. Der Wählergemeinschaft käme bei ihrer künftigen Arbeit zugute, daß die meisten ihrer Kandidaten Bürgermeister, Beigeordnete oder Abgeordnete gewesen seien und darum genügend Erfahrung besäßen, die künftigen Aufgaben zu meistern. In der anschließenden regen Diskussion wurde die Frage nach einer gemeinsamen Werbung für den Fremdenverkehr aufgeworfen.

Wilhelm Drebes, der gleichzeitig als Gemeindevertreter in der jetzigen kommissarischen Verwaltung tätig ist, erklärte dazu, daß Bürgermeister Dreier ein Werbeprospekt in Auftrag gegeben habe, der alle Ortsteile gebührend berücksichtige. Was bisher von Waldeck-Stadt für die Werbung im Fremdenverkehr ausgegeben worden sei, habe sich keine der anderen Gemeinden erlauben können; davon würden jetzt alle anderen Stadtteile profitieren.

1971 WLZ 02. 12.

Abberufung Vierecks?

Waldeck. Der Vorsteher der Stadtverordneten Versammlung der Stadt Waldeck, Heinrich Mettenheimer, Stadtteil Höringhausen, hat für morgen zu einer außerordentlichen öffentlichen Stadtverordneten-sitzung eingeladen. Auf der Tagesordnung steht nur ein Punkt: Beratung und Beschlußfassung über die Abberufung des Staatsratsbeauftragten ehrenamtlichen Ersten Stadtrats Willi Viereck durch den Regierungspräsidenten in Kassel.

1971 WLZ 02. 12.

Leerstehende Schule als Kindergarten nutzen

SPD-Kandidaten besichtigten Netze — Wahlversammlung mit Dr. Jopp

WALDECK-NETZE. An der Schule im Stadtteil Netze trafen sich die SPD-Kandidaten und einige interessierte Bürger zu einem Rundgang durch die Gemeinde. Unter Führung des Ortsbeiratsvorsitzenden Gerland und der Netzer SPD-Kandidaten wurden einige Projekte besichtigt. Am Treffpunkt besprach man die weitere Verwendung der zurzeit leerstehenden neuen Schule. Die Teilnehmer achteten die Einrichtung eines Kindergartens, in Verbindung mit dem Stadtteil Waldeck, in den als geeignet angesehenen Räumlichkeiten der Schule vor.

Das Neubaugebiet, so hieß es weiter, muß dringend erweitert, und die bis jetzt fertiggestellten Straßen im Baugebiet sollten mit Bürgersteigen versehen werden. Die Straßenbeleuchtung steht kurz vor ihrer Vollendung. Die neue vollbiologische Kläranlage fand die Zustimmung aller Teilnehmer. Die Neuanlage eines Sportplatzes und den Bau eines Feuerwehrhauses steht weiter auf dem Wunschzettel des Stadtteils Netze.

Zum Abschluß des Rundgangs wurden Friedhof und die alte Klosterkirche besichtigt. Pfarrer Laabs nannte die bestehende Verbindung von Friedhof und Kirche ideal

Nach dem neuen Gesetz sind der Stadt zwar viele Auflagen für diesen Friedhof, der innerhalb des Stadtteils liegt, gemacht worden, aber es sollte trotzdem versucht werden, diesen bestehenden Friedhof zu erweitern. — Bei der Netzer Kirche handelt es sich um eine alte Klosterkirche. Die Krypta wird heute als Leichenhalle genutzt. In der Kirche fand das bekannte und kostbare Altarbild aus dem Jahre 1370 das besondere Interesse der Teilnehmer. Die Grabkapelle der Waldecker Grafen ist ein weiterer interessanter Bestandteil dieser alten Klosterkirche.

In einer Wahlveranstaltung seiner Partei ging der SPD-Kreistagsabgeordnete Dr. Jopp (Arolsen) noch einmal auf den Sinn der Verwaltungsreform, der damit Eingliederung der Gemeinde Netze in die Großgemeinde Waldeck und auf die SPD-Kandidaten ein. Bei der heutigen Zentralisierung, so sagte er, sei ein Erhalten aller bestehenden Gemeinden nicht mehr möglich gewesen. Größen mit 4000 – 5000 Einwohnern seien notwendig. Die Spezialisierung der Verwaltung sei sogar erst ab 7000 Einwohnern sinnvoll. Die Verwaltungsreform diene aber auch dem Abbau des Leistungsgefälles zwischen Stadt und Land, führte Dr. Jopp weiter aus. So würden die ländlichen Großgemeinden in Zukunft ihren Bürgern auch kulturelle, soziale und sportliche Einrichtungen bieten können. Früher habe die Stadt Fortschritt und das Land Stillstand bedeutet; dies sei heute nicht mehr der Fall. Speziell in Hessen gebe es keine Landflucht mehr.

Dr. Jopp ging weiter auf den Fremdenverkehr ein. Alle Stadtteile Waldecks, so sagt er, würden von dem Namen Waldeck und dem des mitgenannten Edersee profitieren. Als Beweis führte Dr. Jopp die neue Großgemeinde Arolsen an, deren angeschlossenen neuen Stadtteile bereits heute einen enormen Anstieg des Fremdenverkehr verzeichnen könnten. Der Staatsbeauftragte für das Bürgermeisteramt, Erich Dreyer, begrüßte die Anregung, die leerstehende Schule in Netze als Kindergarten zu nutzen.

MdL v. Zworowsky spricht in Höringhausen

Höringhausen. Am heutigen Montag wird Landtagsabgeordneter Wolf von Zworowsky um 20 Uhr im Gasthaus Frese über das Thema „Was jeder vor der Wahl wissen sollte!“ sprechen. Kreistagsvorsitzender Karl Emde, Arolsen, wird aus der Sicht des Kreises Waldeck Erläuterungen geben. Die Spitzenkandidaten werden sich auch auf dieser Versammlung vorstellen. Die Bevölkerung ist herzlich eingeladen.

1971 WLZ 06. 12. TV - Fußball

Gruppe Süd

Freienhagen – Sachsenhausen		3:3
Höringhausen – Mehlen		4:0
Affoldern – Braunau		1:1
Wega – Bergheim		9:0
Kleinern – Gellershausen		3:1
Netze – Züschen/H.		3:3
Odershausen – Friedrichstein		1:2
Friedrichstein	39:12 24: 4	Affoldern 28:25 15:13
Sachsenhausen	35:15 19: 9	Gellershausen 38:32 12:16
Wega	42:20 18:10	Odershausen 28:43 12:16
Züschen/H.	36:20 18:10	Höringhausen 25:32 11:17
Netze	32:29 16:10	Braunau 28:27 10:16
Freienhagen	27:31 16:12	Bergheim 15:39 8:20
Kleinern	30:17 15:11	Mehlen 7:65 0:26

XV 1971 07. 12. FDP

FDP-Ortsverband

zum Wahlkampf

Waldeck-Sachsenhausen. In einer Versammlung befaßte sich der FDP-Ortsverband mit der Wahlkampfplanung in der Stadt Waldeck. Um auch in der Schlußphase dem Wähler ein unverzerrtes Urteil zu ermöglichen, sind seines Erachtens noch einige Korrekturen zu verschiedenen Veröffentlichungen notwendig. In einem Bericht der WLZ mit dem Untertitel „Wählergemeinschaft wehrt sich gegen Vorwürfe von CDU und FDP“ äußerte Spitzenkandidat A. Michel, daß auch die FDP der Wählergemeinschaft vorwerfe, eine Zersplitterung der „bürgerlichen“ Kräfte verursacht zu haben.

Ortsvorsitzender E. Itter hätte Michel inzwischen darauf aufmerksam gemacht, daß der FDP-Ortsverband niemals derartige Äußerungen von sich gegeben habe. Im Gegenteil habe auch er sich bisher immer dagegen gewehrt, daß eine andere Partei mit dem Hinweis auf die Zersplitterung nur sich selbst für existenzberechtigt halte. Michel habe inzwischen erklärt, daß er sich auf im Raum Lichtenfels abgegebene Äußerungen bezogen habe. Es sei somit klar, daß sich diese Äußerungen nicht speziell auf die Wählergemeinschaft Stadt Waldeck bezogen haben und daß sie insbesondere nicht dem FDP-Ortsverband Sachsenhausen anzulasten seien.

Ein Bericht unter dem Titel „CDU will fairen Wahlkampf“ befaße sich mit einem „unverständlichen“ Bericht über eine Versammlung des FDP- Ortsverbandes Sachsenhausen.

Hierzu gibt der FDP-Ortsverband folgende Erklärung:

„Als intolerant von seiten der CDU empfand der FDP-Ortsverband, daß sich die Wählergemeinschaft in scharfer Form gegen Behauptungen der CDU wehren mußte, die Wählergemeinschaften seien den Wählern keine Rechenschaft schuldig und hätten deshalb keine Berechtigung mehr. Da die CDU diesen Vorwurf ohne Erwiderung hinnahm, ging der FDP-Ortsverband davon aus, daß er zu Recht erhoben wurde.“

XIX 1971 09. 12.

**Gute Arbeit im Sängerbezirk Langer Wald
Neuer Vorstand gewählt — Im nächsten Jahr
Bezirkssingen in Sachsenhausen**

SACHSENHAUSEN. Die Neuwahl des Bezirksvorstandes war wichtigster Tagesordnungspunkt bei der Delegierten-tagung des Sängerbezirks „Langer Wald“ in Sachsenhausen. Der bisherige Bezirksvorsitzende, Karl-Heinz Stracke, berichtete von den Tagungen des Waldeckischen und des Mittel-deutschen Sängerbundes und vom Bezirkssingen in Freien-hagen. Der Bezirk habe gute Arbeit geleistet.

Bezirkschorleiter Heinz Dümke betonte die Wichtigkeit der Auswahl des richtigen Liedgutes, von dem der Erfolg des Chorsingens abhinge.

In den Bezirksvorstand wurden einstimmig gewählt Heinrich Reuber, Freienhagen, als 1. Vorsitzender, Willi Gänssler, Höringhausen, als 2. Vorsitzender, Willy Becker, Sachsenhausen, als Schriftführer, Ernst Frese, Höringhausen, als Kassierer und Wilhelm Stietz, Freienhagea, als Pressewart. Reuber dankte seinem Vorgänger Stracke, der aus beruflichen Gründen auf eine Wiederwahl verzichtete, für dessen bisherige Tätigkeit. Der neue Vorstand berief einstimmig Heinz Dümke in das Amt des Bezirkschorleiters. Aus den Jahresberichten der Vereine war zu entnehmen, daß die Übungsstunden gut besucht waren. Es wurde einstimmig beschlossen, am 8. Juli 1972 in der Stadthalle Sachsenhausen ein Bezirkssingen zu veranstalten.

Zur Vorbereitung dieser öffentlichen Veranstaltung treffen sich die Vereinsvorsitzenden und Chorleiter am 22. Januar in Sachsenhausen.

Ab 1. 1. nur noch 26 Waldecker Gemeinden

Hessisches Kabinett bestätigte eine ganze Reihe von Zusammenschlüssen

Korbach / Wiesbaden. Die Landesregierung hat am Dienstag mit Wirkung vom 31. Dezember 1971 eine ganze Reihe von Gemeindegemeinschaften und -eingliederungen beschlossen. Danach gibt es ab 1. Januar 1972 nur noch 26 Gemeinden in Waldeck.

Folgende Gebietsänderungen im Kreis Waldeck passierten das Kabinett:

- Eingliederung von Hesperinghausen und Orpethal nach Diemelstadt.
- Eingliederung von Bühle, Massenhausen, Neu-Berich und Wetterburg nach Arolsen. Bei Bühle ging die Landesregierung davon aus, daß Landau spätestens durch Gesetz in die Stadt Arolsen eingegliedert wird.
- Zusammenschluß von Berndorf, Elleringhausen, Mühlhausen, Nieder-Waroldern, Ober-Waroldern und Twiste zur Gemeinde Twistetel.
- Zusammenschluß von Adorf, Benkhausen, Delsfeld, Flechtdorf, Glebringhausen, Heringhausen, Ottilar, Rhonegge, Schweinsbühl, Stormbruch, Sudeck, Vasbeck und Wirmighausen zur Gemeinde Diemelsee. Nachdem neun der 13 Gemeinden, der Kreisausschuß und das Staatsarchiv Marburg für den Namen „Diemelsee“ plädierten, ist kaum mit einer anderen Namensgebung zu rechnen.
- Zusammenschluß von Bömighausen, Eimelrod, Neerda, Usseln und Wellinghausen zur Gemeinde Upland (als Übergangslösung).
- Zusammenschluß von Affoldern, Anraff, Böhne, Bringhausen und Buhlen zur Gemeinde Edertal; ebenfalls von Hemfurth-Edersce, Königshagen, Mehlen und Welen zur Gemeinde Edertal.
- Eingliederung von Armsfeld, Bergfreiheit, Hüdningen, Mandern und Odershausen nach Bad Wildungen.

Was bleibt übrig

Eine interessante Frage: Welche Gemeinden bleiben eigentlich nach den jetzt geneh-

igten Fusion übrig? Ab 1. Januar 1972 sind es 26. Darinnen eingeschlossen sind die 10 Gemeinden, die im Modellplan vorgesehen sind. Um die restlichen 16 Gemeinden sieht es so aus:

- Herbsen und Hörle, Kulte und Lütersheim; unter der Voraussetzung, daß Volkmarzen nach Waldeck kommt, wollen sie sich dieser Stadt anschließen. Sonst drängt die erste Gruppe nach Diemelstadt, die zweite nach Arolsen.
- Landau: Will die gesetzliche Regelung abwarten.
- Mengeringhausen: Will selbständig bleiben.
- Gembeck, Volkhardinghausen und Dehringhausen: Sind für Twistetel vorgesehen. Gembeck wollte nach Mengeringhausen, Volkhardinghausen nach Arolsen und Dehringhausen nach Waldeck.
- Willingen, Schwalefeld und Rattlar: Hier wurden die Weichen für einen Zusammenschluß gestellt (siehe unsere heutige Meldung); laut Modellplan kann er als Zwischenlösung gelten.
- Freienhagen und Oberwerbe: Wollen ihre Selbständigkeit nicht freiwillig aufgeben, tendieren aber „im Falle des Falles“ nach Waldeck.
- Kleinern: Möchte nach Bad Wildungen und soll nach Edertal. Nach neuesten Meldungen hat Bad Wildungens Bürgermeister Dr. Lückhoff am Montag mit Minister Bleefeld gesprochen, ohne daß ein Ergebnis abzusehen wäre.
- Züschen: Eine Bürgerbefragung ergab eine Mehrheit für den Anschluß an Edertal. Die Gemeindevertretung beschloß den Anschluß an Fritzlar. Mit dieser kreisüberschreitenden Lösung ist der Kreis Waldeck nicht einverstanden, deswegen ist ein eigenes Landesgesetz notwendig.

(-ach / KS)

XV 1971 11. 12.

Gemeindefusionen ohne Konzept?

Höringhausen. In einer CDU-Wahlversammlung im Gasthaus Frese, Stadtteil Höringhausen, sprach Landtagsabgeordneter Wolf von Zworowsky über das Thema „Was jeder vor der Wahl wissen sollte“. Auch in der neuen Großgemeinde Waldeck seien politische Parteien notwendig, führte von Zworowsky aus, weil Parteien von ihren Mitgliedern getragen werden und jederzeit zur Verantwortung gezogen werden können. Zur Gebietsreform führte von Zworowsky aus, daß die CDU bereits 1965 den Dregger - Plan vorgelegt habe, der u. a. eine Verringerung der Verwaltungsebenen von 6 auf 4 vorsah. Die CDU habe sich in der Vergangenheit stets dafür eingesetzt, zuerst die Aufgaben der künftigen Großgemeinde festzulegen, anstatt ohne Konzept Gebilde zu schaffen, die in Zukunft vielleicht nicht mehr lebensfähig sein werden.

Zu Beginn der Versammlung stellten sich die Spitzenkandidaten der CDU für die Nachwahl zur Stadtverordnetenversammlung vor.

Bei der anschließenden Diskussion bemängelten Bürger des Stadtteils Höringhausen die fehlende Initiative des bisherigen Parlaments zur Schaffung eines Kindergartens.

Der Spitzenkandidat der CDU, Karl Graf, berichtete, daß in Sachsenhausen schon seit mehreren Generationen ein Kindergarten besteht. Da die vorschulische Erziehung der Kinder in der heutigen Zeit unerläßlich sei, würden sich die Kandidaten der CDU dafür einsetzen, daß auch in den anderen Stadtteilen selche Einrichtungen geschaffen werden.

XV 1971 WLZ 11. 12.

„Wir brauchen keine neuen Bürgermeister“

SPD macht klare Wahlaussage zur Bürgermeisterfrage in Waldeck.

In der letzten Wahlversammlung der SPD vor dem Wahltag zur Neuwahl des Stadtparlamentes der neuen Einheitsgemeinde Waldeck begrüßte der Spitzenkandidat der SPD - Liste, Helmut Honsberg, zahlreiche Zuhörer aus der Bergstadt Waldeck und den Bundestagsabgeordneten Professor Bechert sowie Bürgermeister Erich Dreyer.

Honsberg wies einleitend darauf hin, daß nur die SPD eine klare Wahlaussage zur Bürgermeisterfrage gemacht habe. Ein bewährter und allgemein anerkannter Kandidat (Erich Dreier) wolle gerade beim Aufbau der neuen Verwaltung sparsam und mit den besten Leuten arbeiten. „Was nützt die Ausschreibung um die Stelle eines neuen Bürgermeisters, um dann wieder einen Reinfall zu erleben, wie es ja in einem Nachbarstadtteil geschehen ist?“

Professor Becher gab einen umfangreichen Bericht über die Arbeit der SPD in Bonn. Bechert sagte unter anderem, was der Bundeskanzler in der Regierungserklärung Ende Oktober 1969 angekündigt habe, sei zum größten Teil bereits Wirklichkeit geworden. Auf dem Gebiet der Sozialpolitik sei unter anderem zu verzeichnen: In der gesetzlichen Krankenversicherung gibt es seit dem 1. Juli d. J. kostenlose Vorsorgeuntersuchungen für Männer und Frauen. Dabei geht es vor allem um rechtzeitiges Erkennen und die Bekämpfung des Krebs. Das gleiche gelte auch für Kinder bis zum vollendeten vierten Lebensjahr. Leider habe die Bevölkerung bisher aus Unkenntnis von diesen Möglichkeiten nur zu wenig Gebrauch gemacht. Das Kindergeld sei erhöht worden. Die Renten stiegen in den nächsten Jahren und ein großer Fortschritt ist: sie stiegen automatisch entsprechend den steigenden Lebenshaltungskosten. Die Kriegsopfersversorgung sei ständig verbessert worden. Das Wohnungsbau-förderungsgesetz und das Bundesgesetz sein gegen den Widerstand der CDU beschlossen worden

Der Preisanstieg, der durch die Wirtschaftsverpflichtung mit anderen westlichen Ländern aufgezwungen wurde, sei in der Bundesrepublik seit Beginn dieser Regierung kleiner gewesen als der Anstieg der Löhne und Gehälter.

Im nächsten Jahr würden Bundesbürger und Westberliner in die DDR reisen und in Ostberlin Besuche machen können wie Angehörige anderer Länder auch, versicherte Bechert.

Es werde keine Schikane auf dem Zufahrtwegen nach und von Berlin geben. Der Krisenherd Berlin werde aufgehört haben zu glimmen. Bechert schloss seine Ausführungen mit den Worten: „Wir sind auf dem Weg in eine friedvollere Zukunft, fest verbündet mit dem Westen haben wir Entspannung gegenüber dem Osten erreicht.“

XV 1971 13. 12.

Riesenüberraschung bei der Kommunalwahl

Die Wählergemeinschaften schossen den Vogel ab

In den neuen Stadtteilen von Waldeck und Lichtenfels

wurden gestern die Parlamente gewählt

WALDECK/LICHTENFELS, Um 18 Uhr schlossen gestern die Wahllokale, die Würfel waren gefallen, die Wähler hatten sich entschieden. In den beiden Städten steht die Sitzverteilung für die neuen Parlamente fest. In den zu Waldeck gehörenden Gemeinden Alraft, Netze, Nieder-Werbe, Höringhausen, Sachsenhausen und Waldeck waren 4409 Bürger wahlberechtigt, es wurden 3061 gültige Stimmen ausgezählt, was einer Wahlbeteiligung von 69,4 Prozent entspricht. Die SPD erreichte 38 Prozent (7 Sitze), die CDU 19,6 Prozent (4 Sitze), die FDP 6,6 Prozent (1 Sitz) und die Wählergemeinschaft 34,4 Prozent (7 Sitze).

Zur Stadt Lichtenfels gehören jetzt die Gemeinden Dalwigksthäl, Fürstenberg, Goddelsheim, Immighausen, Münden, Neukirchen, Rhadern und Sachsenberg mit insgesamt 3042 wahlberechtigten Bürgern. 2302 der abgegebenen Stimmen waren gültig. Die Wahlbeteiligung in der Stadt Lichtenfels lag bei 75,7 Prozent. Auf die SPD entfielen 26,2 Prozent (4 Sitze), die CDU errang 26,7 Prozent (4 Sitze), auf die FDP entfielen 14,3 Prozent (2 Sitze), die Wählergemeinschaft Lichtenfels errang 32,8 Prozent (5 Sitze).

Immighausen: 214/200/2 94,4 Prozent 12/7/1/180

Münden: 268/235/1 88,1 Prozent 8/7/4/216

Neukirchen: 313/266/4 86,3 Prozent 10/6/3/247

Rhadern: 177/128/0 72,3 Prozent 69/37/18/4

Sachsenberg: 653/428/10 67,1 Prozent 188/138/81/21

Briefwahl: gewählt 154, gültig 147, SPD 28, CDU 33, FDP 22, Wählergemeinschaft 64

In den Stadtteilen Waldecks war es am Vormittag noch recht ruhig. Bis 11 Uhr hatten etwa 220 Wähler im Rathaus der Stadt Waldeck ihre Stimme abgegeben. In den anderen Stadtteilen — unter 200 Einwohnern — durften die Wahlhelfer etwas länger schlafen: die Wahllokale öffneten erst um 10 Uhr; sonst war der Startschuß um 8 Uhr erfolgt. Wie der kommissarische Bürgermeister Erich Dreyer versicherte, verlief der Wahlkampf in den Stadtteilen sehr ruhig.

Nur Wahlplakate mit der Aufschrift „Hat erst die SPD die Macht, dann liebes Waldeck gute Nacht“ verursachten Ärger. Wie wir erfahren haben, erstattete der SPD-Ortsverein Waldeck Strafanzeige.

In der Stadt Lichtenfels gab es eine Überraschung: Die Wählergemeinschaft hat den Parteien wenig Chancen gelassen, den zog mit 755 Stimmen und 5 Sitzen als Sieger davon. Kurt Munter, Neukirchen war sehr zufrieden mit dem Wahlergebnis. Straube, Goddelsheim war von dem Ergebnis der CDU befriedigt, aber seine Partei müsse noch einiges tun. Die Freien Demokraten weisen mit mit Stolz auf dieses Ergebnis, daß wesentlich über dem Bundes- und Landesdurchschnitt liegt.

Nicht ganz glücklich sind die Vertreter der SPD, mit denen wir gesprochen haben über den Wahlausgang für ihre Partei. Der Spitzenkandidat der Wählergemeinschaft, Kurt Münter, versichert, seine Gruppe sei allen Seiten koalitions offen und warte auf Angebote der Parteien.

Die Stadt Waldeck

Auf die einzelnen Stadtteile entfielen die Stimmen nach folgendem Schema: 1. Zahl der Stimmberechtigten, 2. gültige Stimmen, 3. ungültige Stimmen, 4. Wahlbeteiligung, 5. SPD, 6. CDU, 7. FDP, 8. Wählergemeinschaft.

Alraft: 124/93/1 75 Prozent 16/0/0/76

Hörihausen: 832/449/4 54 Proz. 98/66/48/233

Netze: 553/421/2 76,2 Proz. 162/125/28/104

Nieder-Werbe: 235/159/3 67,7 Proz. 47/40/13/56

Sachsenhausen: 1388/929/9 66,9 Proz. 290/206/101/323

Waldeck: 1277/840/2 65 Proz. 426/150/10/252

Briefwahl: Gewählt 70 / ungültig 20 / SPD 25, CDU 14, FDP 3, Wählergemeinschaft 8.

1971 WLZ 13. 12.

B-Klasse, Gruppe Süd

Sachsenhausen — Höringhausen				4:0	
Mehlen — Affoldern				2:3	
Braunau — Wega				0:2	
Bergheim — Kleinern				1:5	
Gellershausen — Netze				4:6	
Züschchen-Helmarshausen — Odershausen				1:1	
Friedrichstein	39:12	24:4	Freienhagen	32:31	16:12
Sachsenhausen	39:15	21:9	Odershausen	29:44	13:17
Wega	44:20	20:10	Gellershausen	42:38	12:18
Züschchen-H.	37:21	19:11	Höringhausen	25:36	11:19
Netze	38:33	18:10	Braunau	28:29	10:18
Kleinern	35:18	17:11	Bergheim	16:44	8:22
Affoldern	31:27	17:13	Mehlen	9:68	0:28

1971 WLZ 22. 12.

Freienhagen beharrt auf Selbständigkeit

FREIENHAGEN. In der gestrigen Gemeindevertreterversammlung wurden die Stimmen der Bürgerbefragung ausgewertet. Von den 572 ausgegebenen Stimmzetteln kamen 565 zurück. Gegen einen freiwilligen Anschluß an die Großgemeinde Waldeck sprachen sich 446 Freienhagener Bürger aus, für den Anschluß stimmten 110. (-mm-)

Allen Kunden, Freunden und Bekannten
ein frohes WEIHNACHTSFEST
und ein gutes NEUES JAHR
wünscht

Familie Fritz Lohaus

HÖRINGHAUSEN

Ein frohes WEIHNACHTSFEST
und ein glückliches NEUES JAHR
wünscht allen seinen Kunden und Bekannten

Fritz Beek

HÖRINGHAUSEN

Ruf 05634/7103

Generalvertretung der Victoria-Versicherung